

FORDERUNG DER STIFTUNG ZUKUNFT BERLIN

Berlin braucht ein modernes Stadtmanagement



Bis 2019 wird Berlin 250000 neue Einwohner haben.

Foto: imago/Westend61

Von Uwe Aulich

Die Stiftung Zukunft Berlin fordert modernes Stadtmanagement in den Bezirken. Schon bis 2019 wird Berlin 250000 neue Einwohner haben. Auf diesen Bevölkerungsanstieg ist die Stadt nicht vorbereitet.

Die Stadt wächst, doch es könnte für Berlin peinlich werden, wenn vor privat errichteten Wohnhäusern Gehwege nicht fertig sind und Neuberberliner über Sandwege und Schotterpisten laufen müssen. Dieses Szenario beschreibt Oliver Igel (SPD), Bürgermeister in Treptow-Köpenick. Die Verwaltung müsse daher Schluss machen mit dem Hickhack zwischen Senat und Bezirken, mit dem Hin- und Herschieben von Verantwortung und Schuldzuweisungen, sagt er.

Igel gehört einer Arbeitsgruppe der Stiftung Zukunft Berlin an, die am Freitag ein Thesenpapier für ein modernes Stadtmanagement in der Hauptstadt vorgelegt hat. Bürgerfreundlich, transparent und flexibel müsse die Verwaltung sein, die Bezirke bräuchten mehr finanzielle Verantwortung, heißt es darin.

„Die klassischen Organisationsformen sowie Planungs- und Baurecht reichen nicht mehr aus“, sagt Wolfgang Branoner von der Stiftung, zur Jahrtausendwende Wirtschaftsminister. Schon bis 2019 wird Berlin 250000 neue Einwohner haben, überall müssen neue Wohnungen gebaut werden. Vor Ort könnten nur die Bezirke die Probleme lösen, so Branoner. Die Bürgermeister müssten deshalb gestärkt werden und eine Weisungsbefugnis erhalten.

Zukunftsidee Kompetenzzenter?

Allerdings könnten die Bezirke effizienter arbeiten, wenn sie Kompetenzzenter einrichten. Soll heißen: Eine Aufgabe wird in einem Bezirk gebündelt, der sie dann für alle wahrnimmt. Beispiele gibt es schon. So wurde die Kontrolle von Schwarzarbeit im Bezirk Pankow zentralisiert, um Leichenschauschein kündigt sich Neukölln. Gescheitert ist man jedoch bei der Bildung einer Task Force, die das Verbot von Ferienwohnungen durchsetzen sollte.

Dass die Bezirke angesichts der wachsenden Stadt mehr Personal etwa in Bau- und Bürgerämtern benötigen, hat der Senat in seinem Haushaltsentwurf anerkannt. Für 2016 gibt er 9,3 Millionen Euro mehr, was 206 Stellen entspricht, für 2017 sind 13,5 Millionen Euro eingeplant (300 Stellen). Spandau Bürgermeister Helmut Kleebank (SPD) bezeichnet das Zuweisungssystem jedoch als überholt. So musste sein Bezirk als Folge der Sparpolitik im Jahr 2014 Architektenleistungen in Höhe von 4,5 Millionen Euro an externe Büros vergeben. „Hätten wir das mit eigenen Mitarbeitern machen können, hätten wir zwei Drittel der Kosten gespart“, sagt Kleebank.

Auch Finanzstaatssekretär Klaus Feiler hat an dem Thesenpapier mitgearbeitet und sagt, dass die starren Personalvorgaben an die Bezirke vom Tisch seien. Diese Ansicht hat er eher exklusiv. Er habe den Bezirken auch angeboten, Abläufe in Behörden wie den Bürgerämtern zu prüfen, doch bisher hat das nur Friedrichshain-Kreuzberg angenommen. Obwohl der Senat den Bezirken zusätzliches Personal zugebilligt hat, besteht sein Spardiktat weiter – bis Ende 2016 müssen die Bezirke fast 1 500 Stellen abbauen.

Artikel URL: <http://www.berliner-zeitung.de/berlin/forderung-der-stiftung-zukunft-berlin-berlin-braucht-ein-modernes-stadtmanagement,10809148,31196172.html>